L1 Linke Perspektiven für Sachsen-Anhalt

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	06.11.2021
Tagesordnungspunkt:	1. Leitantrag

Antragstext

Sachsen-Anhalt und Deutschland haben sich im letzten halben Jahr politisch neu aufgestellt. Während auf Bundesebene linke Politik gestärkt, die notwendigen und wichtigen linken Mehrheiten aber deutlich verfehlt wurden, war das Ergebnis der Landtagswahl eine klare Enttäuschung für die gesellschaftliche Linke.

Nur Bündnis 90/Die Grünen konnten leichte, aber unter den Erwartungen liegende Zugewinne einfahren. DIE LINKE und die SPD haben beide mit herben Verlusten zu kämpfen. Die neue Landesregierung besteht nun aus einer klaren konservativen, marktradikalen und teilweise rechtsoffenen Koalition, die nur wenig für Fortschritt, Gerechtigkeit oder Klimaschutz tun kann und will.

Und gleichzeitig ist noch immer eine faschistische, rechtsextreme Partei ein fester und starker Bestandteil der politischen Landschaft. Leider auch mit Blick auf das Wahlverhalten jüngerer Menschen.

Als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt wollen wir für einen Aufbruch zu streiten. Wir wollen für eine starke gesellschaftliche Linke kämpfen, als deren Teil wir uns verstehen, und dabei Fragen der Gerechtigkeit in den Fokus stellen. Insbesondere jungen Menschen müssen wir dabei unsere Vision eines offenen, progressiven, feministischen und nachhaltigen – also kurz lebenswerten – Sachsen-Anhalts näherbringen.

Unsere Schwerpunkte sehen wir dafür im Schmieden von breiten Bündnissen. Nur gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen kann in Sachsen-Anhalt tatsächlich eine gesellschaftliche Kraft aufgebaut werden, die letzendlich einen echten Wechsel in der Politik ermöglicht. Für uns heißt das insbesondere verstärkt auf Gewerkschaften/Gewerkschaftsjugenden, Parteijugenden (vorallem Linksjugend ['solid] und Jusos), Jugendorganisationen, antifaschistische Bündnisse, Organisationen der Klimagerechtigkeitsbewegung und ähnliche Bündnisse zuzugehen oder gemeinsam neue Bündnisse aufzubauen.

Weitere Schwerpunkte sind und bleiben die Bildungsarbeit sowie eine programmatische Weiterentwicklung mit dem Fokus auf Themen der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen unsere Ideen noch lauter in Partei und Gesellschaft tragen und gleichzeitig die Stimmen vieler anderer stärken.

Schluss mit Konserservatismus und Marktgläubigkeit - neue linke Erzählungen entwickeln

Auch die Bundestagswahl hat gezeigt, dass gerade vielen jungen Menschen die massive systematische Ungleichheit und Unterdrückung durch die kapitalistische Logik nicht bewusst sind. Eben diese sind Ursprung vieler Ungerechtigkeiten und Krisen. Egal ob beim Klima, bei der Ausbildung oder bei der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum: Fast immer ist die Ausrichtung auf Profite das Problem. Dass fast alle etablierten Parteien diese Unterdrückung reproduzieren und kein Interesse an positiven Veränderungen für die Breite der Gesellschaft haben, sondern im Interesse einer reichen Minderheit agieren,

scheinen viele Personen leider nicht zu durchschauen. Wir wollen leicht verständlich aufzeigen, dass der Kapitalismus allen schadet, und gerechte politische Lösungen anbieten. Und das niedrigschwellg und zugänglich, um alle Menschen in ihrem Alltag zu erreichen.

Bildung als Schlüssel für die Zukunft

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Räumen ist politische Bildung innerhalb der Jugend ein leider sehr rares Gut.
Einer Jugend, die ihre eigene Stimme nicht finden kann, wird es schwerfallen, für ihre eigenen Ideen einzustehen. Und gleichzeitig fällt es so rechtsextremen Populist*innen sehr viel leichter, junge Menschen für sich zu gewinnen.

Wir fordern daher ein Demokratiestärkungsgesetz, das insbeondere Initiativen für die politische Bildung junger Menschen unterstützt. Eine demokratische Bildung muss zentral in die Schulorganisation und einen verstärkten Sozialkundeunterricht integriert werden. Zudem wollen wir selbst vermehrt Bildungsarbeit leisten, um jungen Menschen das Wissen und die Möglichkeiten zu geben, selbst ihren Weg zu politischem Aktivismus zu finden.

Entscheidend sind aber auch hier die Bündnisse: viele lokale und ehrenamtlich getragene Initativen arbeiten vor Ort an wichtigen Projekten. Jugendparlamente, die Organisation von Vorträgen oder Austauschrunden und die allgemeine Förderung ehrenamtlicher Arbeit sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem bunten Reigen kreativer Ideen. Die Förderung und Professionalisierung von solchen Projekten muss ein neuer Schwerpunkt werden. Und auch wir wollen stärker mit solchen Organisationen zuammenarbeiten, auf ihre Resourcen zurückgreifen und sie in ihrer Arbeit unterstützen.

Linke Jugendkultur stärken

Rechtsoffener, radikalisierter Konservatismus im Innenminsterium bedeutet oft auch die aktive Bekämpfung linker (Jugend-)Kultur.
Linke Kultur und Freizeitangebote werden schnell kriminalisiert, berechtigter Protest und Aktivismus werden verspottet und mit unverhältnismäßiger Härte verfolgt. Das ist für viele politisch Aktive in Sachsen-Anhalt leider Alltag.
Gleichzeitig werden rechte und rechtsextreme Versammlungen und Organisationen mit Samthandschuhen angefasst.

Das muss endlich aufhören! Das stetige sich-Berufen auf die Hufeisentheorie, die fahrlässig Antifaschismus mit menschenfeindlichen Ideologien gleichsetzt, muss enden.

Wir sind stets solidarisch mit linken Kulturprojekten. Insbesondere dann, wenn sie wie wieder einmal in rechten Shitstorms gefangen oder dank antifaschistischer Arbeit in den Fokus fragwürder Politiker*innen rücken.

Zudem ist für die Stärkung einer linken Jugendkultur die öffentliche Sichtbarkeit unabdingbar. Demonstrationen sind auch weiterhin ein zentrales Element unserer Arbeit, an denen wir nicht nur teilnehmen, sondern die wir auch organisatorisch unterstützen wollen. Ein verstärkter Fokus muss auf das Auftreten im Internet gesetzt werden. Gute Politik muss Menschen eben da abholen, wo sie sind.

Raus aus der Blase - Perspektiven für ländliche Räume

Für ein Flächenland wie Sachsen-Anhalt gehört zu der ehrlichen Analyse der Wahlen auch ein kritischer Blick auf linke Politik in ländlichen Regionen. Gerade hier fühlen sich junge Menschen nicht mitgenommen. Und das aus gutem Grund: Die Schulen schließen, Ausbildungsangebote fehlen, der Bus fährt nicht, das Krankenhaus macht zu und der Twitch-Stream ruckelt. Und Kulturangebote sowie Orte zum Cornern fehlen ohnehin.

Eigentlich der perfekte Ansatzpunkt für linke Politik. Offensichtlich wird aktuell ganz klar die Logik des Profits über gleichwertige Lebensverhältnise gestellt - Krankenhäuser und Schulen schließen, weil dem Land angeblich das Geld fehlt. Glasfaser gibt es nicht, weil sich das für Telekom und co. nicht lohnt. Und Jugendräume fehlen, weil das zu teuer wäre und junge Menschen ja ohnehin wegziehen (finde den Fehler!).

Das wiederum machen sich alte wie neue Rechte zu Nutze, indem sie die ländlichen Räume besiedeln und dort mit ihren Ideologien auf wenig bis keine Gegenwehr stoßen.

Um dem entgegen zu treten, fordern wir eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Zudem braucht es umfangreiche staatliche Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge. Grundlegende Bedürfnisse wie Gesundheitversorgung, Internetanschluss, Schulbildung oder klimaverträgliche Mobilität dürfen nicht an Profiten ausgerichtet sein und müssen für alle – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern! – zugänglich sein. Dafür brauchen wir eine neue Finanzpolitik, die die Schuldenbremse ablöst. Wir müssen jetzt in die Zukunft investieren, sonst hinterlassen wir den kommenden Generationen unbegleichbare strukturelle Schulden.

Faschismus raus aus den Strukturen!

Sachsen-Anhalt hat ein strukturelles Problem mit Rechtsextremismus, auch innerhalb der eigenen Institutionen. Angefangen bei manchen dörflichen Feuerwehren zieht sich dieser über Polizei und Verfassungschutz bis hin zu Ministerien und den Landtag selbst.

An dem Fall Oury Jalloh kann unter dem Brennglas beobachtet werden, wie die Landesregierung nicht nur daran scheitert, Rechtsextremismus zu bekämpfen, sie versagt auch darin ihn aufzuklären, aus solchen Skandalen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen und präventiv zu handeln.
Dies sind keine Einzelfälle. Wir fordern eine umfassende Studie zu Rechtsextremismus, Racial Profiling und Diskriminierung innerhalb der landeseigenen Institutionen und insbesondere innerhalb der Polizei. Außerdem braucht es eine echte Aufklärung rechtsextremer Vorfälle. Im Fall Oury Jalloh muss es dafür einen Untersuchungsausschuss geben. Zudem muss der Verfassungsschutz aufgelöst und durch vollständig erneuerte Strukturen ersetzt werden.

Unabhängig davon muss für linke Bündnisse ein klarer, unmissverständlicher antifaschistischer Grundkonsens gelten, dem wir uns selbstverständlich auch als Grüne Jugend stets verpflichtet fühlen.

Für all diese Punkte wollen wir kämpfen. In Bündnissen gestalten wir eine bessere und solidarischere Politik. Für ein gerechtes, klimafreundliches, offenes und lebenswertes Sachsen-Anhalt!

132 Ein Glossar wird in Kürze ergänzt.

Begründung

Erfolgt mündlich.